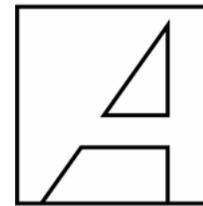




MKAS - Newsletter



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Skopje, 31. Mai 2006

Mazedonien im Mai 2006

Der Wahlkampf hat begonnen...

Wahlprogramme und Anschuldigungen

Bildung der Wahlkomitees

Treffen zwischen den Premierministern Çeku und Bučkovski in Skopje

Kurznachrichten



Der Wahlkampf hat begonnen...

Am 5. Juli 2006 werden Parlamentswahlen stattfinden. Der Kampf um Wählerstimmen ist in vollem Gang.

Eine Umfrage des Instituts für Soziologische, Politische und Rechtliche Forschung Skopje, die unter 1605 potentiellen Wählern im April durchgeführt wurde, hat ergeben, dass die Anhänger der 'christlich-demokratischen' VMRO-DPMNE vor allem unter den jüngeren Menschen (hauptsächlich unter den 26–30jährigen) und denjenigen mit Grundschulbildung zu finden sind, während die Sozialdemokratische Partei SDSM bei den über 60jährigen und bei Personen mit Hochschulbildung am beliebtesten ist.

Gemäß einer Umfrage des Instituts für Demokratie ist Liljana Popovksa, die Vorsitzende der vor kurzem gegründeten Partei DOM (*Demokratische Erneuerung Mazedoniens*), die beliebteste Politikerin. Tito Petkovski, der jüngst auch eine eigene Partei als Abspaltung von der SDSM gegründet hat, gilt als der „ehrliche Sozialdemokrat“. Er könnte mit seiner Partei zu einer Gefahr für Premier Bučkovski werden, wenn am Ende die Stimmen für Petkovski der SDSM fehlen.

Bis zum 20. Mai konnten die Bürger ihre Angaben im Wählerverzeichnis überprüfen – erstmals auch telefonisch, online und per SMS.

In den kommenden Tagen werden die Listen für die Kandidaten aller Parteien vorgestellt.

Wahlprogramme und Anschuldigungen



Die VMRO-DPMNE hat ihr Wahlprogramm in mehreren Städten Mazedoniens vorgestellt. Das Programm unter dem Titel *Wiedergeburt in 100 Schritten* umfasst ehrgeizige Reformen und Fristen für deren Realisierung, wie zum Beispiel die Erreichung eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 6 bis 8 Prozent bis im Jahr 2010. Der Parteivorsitzende Nikola Gruevski kommentierte, das Programm enthalte „im Gegensatz zu den leeren Versprechen der SDSM konkrete Projekte, konkrete Zahlen und konkrete Schritte“.

Die SDSM begeht den Wahlkampf unter dem Motto der „3E“ (für „*Ekonomija, Edukacija, Evropa* – Wirtschaft, Bildung, Europa) und hat eine Broschüre zu ihren „50 größten Errungenschaften“ herausgegeben. Die Broschüre wurde öffentlich kritisiert, weil sie Leistungen der gesamten Regierungskoalition als Erfolge der SDSM allein ausbebe.

Das Wahlmotto der Volkspartei VMRO-NP lautet: „Wir waren und wir werden sein“. Der Wahlslogan der Partei, „Zukunft anstatt Schicksal“, bezieht sich auf einen Ausspruch des jetzigen Präsidenten Branko Crvenkovski aus dem Wahljahr 2002: „Am 15. September werden die Menschen das Schicksal in die Hand nehmen“.

Die Spirale der gegenseitigen Anschuldigungen zwischen SDSM und VMRO-DPMNE dreht sich im Zuge des Wahlkampfes immer schneller. Die Behauptung Gruevskis, die SDSM plane, eine interethnische Krise zu inszenieren, um vor den Wahlen als Problemlöser aufzutreten und so Wählerstimmen zu gewinnen, wurde von der beschuldigten Partei als unbegründet und unseriös zurückgewiesen. Premierminister Bučkovski wiederum behauptete, Gruevski habe diese Fehlinformation von einer nachrichtendienst-





ähnlichen Organisation erhalten und setze für den eigenen Wahlkampf die Sicherheitssituation des Landes aufs Spiel.

Im Allgemeinen sinkt die Ebene, auf der sich die Opponenten angreifen, immer weiter ab: Bučkovski kündigte an, er werde Boxunterricht besuchen, um dem früheren Freizeitboxer Gruevski bei Bedarf auch in einem Ringkampf gegenüberzutreten. Gruevski reagierte darauf mit der Bemerkung, Unterricht in Wirtschaft wäre nützlicher für den Premierminister. Derweil übertreffen die Wahlversprechen einander. Verspricht Bučkovski eine Erhöhung der Renten um 10 Prozent, so kontert Gruevski anderntags mit der Aussicht, 150 Mio. Euro in die Landwirtschaft zu investieren.

Der Entscheid der SDSM, dass die der Partei angehörigen Bürgermeister eine aktive Rolle in der Wahlkampagne spielen sollen, wurde von der Antikorruptionskommission kritisiert. Dies könne sich zum Nachteil der Bürger auswirken und auch das Funktionieren der Gemeinden behindern. Die Vermischung der Funktionen als Gemeindeoberhäupter und als Parteimitglieder wird gerade nach der öffentlichen Diskussion um die Besetzung der Wahlausschüsse durch Angehörige aller Parteien bemängelt.

Bildung der Wahlkomitees

Das Staatliche Wahlkomitee (DIK) hat die Bildung der 84 Wahlkomitees der Gemeinden vorgenommen. DIK-Sprecher Zoran Taneski sagte, bei der Bildung der Komitees sei eine angemessene Vertretung der Geschlechts- und Nationalitätsverhältnisse angestrebt worden. Weil in mehr als der Hälfte der Gemeinde keine Staatsbeamten, die der türkischen und Roma-Minderheit angehören und über einen Universitätsabschluss verfügen, zu finden waren, wurden Beamte aus anderen Gemeinden in die Wahlkomitees dieser Gemeinden aufgenommen.

Die Wahlausschüsse wurden bis am 11. Mai gebildet; die Parteien unterbreiteten Listen mit Kandidaten für diese Ausschüsse. Das DIK unterstützte die Gemeinde-Wahlkomitees bei der zufälligen Wahl von 18.000 Personen für die Wahlausschüsse, die sich aus Staats- und Verwaltungsbeamten zusammensetzen. Das DIK hat sich einem Wahlüberwachungs-Kodex verpflichtet.

Treffen zwischen den Premierministern Çeku und Bučkovski in Skopje



Am 5. Mai fand in Skopje ein Treffen zwischen dem Premierminister des Kosovo Agim Çeku und dem mazedonischen Premierminister Vlado Bučkovski statt. Das Treffen war als „von der Absicht geprägt, die gegenseitigen Beziehungen, Respekt, Zusammenarbeit und Verständnis zu stärken“ angekündigt worden. Zum heiklen Thema der Demarkation der Grenze zwischen Mazedonien und dem Kosovo hatte Bučkovski im Vorfeld gesagt, es handle sich dabei um eine technische Angelegenheit, die im Zuge der Festlegung des Status' des Kosovo gelöst werde. Çeku hatte betont, er respektiere Mazedoniens territoriale Integrität und Souveränität voll und ganz. Die 2001 zwischen Belgrad und Skopje vereinbarte Grenzziehung wird von der Regierung des Kosovo nicht anerkannt. Wie Bučkovski ist auch Çeku der Meinung, die Zeit für die Lösung der



Grenzfrage sei nach der Klärung des Status, von der er die Unabhängigkeit erwartet. Çeku ist der erste offizielle Vertreter der Provisorischen Selbstverwaltung des Kosovo (PISG), der im Regierungsgebäude in Skopje empfangen wurde.

Nach dem Treffen waren sich die Premierminister darüber einig, dass sich die Beziehungen zwischen Skopje und Prishtina verbessern. Bučkovski gab bekannt, über die Demarkation der Grenze habe man sich nur sehr kurz unterhalten, da beide Gesprächspartner den Zeitpunkt, diese Frage zu lösen, noch nicht gekommen sähen. Hauptsächlich sei über die wirtschaftliche Entwicklung gesprochen worden; Bučkovski betonte in diesem Zusammenhang, Mazedonien könnte Kosovos strategischer Partner werden. Des Weiteren ständen der Bau der Pipeline Prishtina-Skopje-Thessaloniki und die Errichtung einer Verbindung von Skopje über Prishtina nach Podgorica auf der mazedonischen Prioritätenliste, wie auch bessere Verbindungen zur albanischen Küste.

Premierminister Çeku sagte, Mazedonien sei Kosovos Partner für Frieden und Stabilität in der Region, und Kosovo unterstütze Mazedonien bei der Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid und bei der Förderung der interethnischen Beziehungen.

Die Reaktionen, die das Treffen vor allem in Mazedonien und Serbien und Montenegro hervorrief, haben gemeinsam, dass niemand genau darüber Bescheid weiß, was zwischen den beiden Premierministern beschlossen wurde.

Kurznachrichten

Schiesserei in Čair

Bei einer Schiesserei im Stadtteil Čair in Skopje sind drei junge Männer ums Leben gekommen. Sie befanden sich in einem Internet-Café, als zwei Männer aus einem Wagen stiegen und das Feuer auf das Café eröffneten. Sechs weitere Personen wurden verletzt. Inoffiziellen Quellen zufolge handelte es sich bei der Gewalttat um einen Racheakt zwischen zwei Banden. Der Wagen der zwei Männer, die vermutlich das Ziel des Anschlages gewesen waren, wurde durchlöchert. Einige Tage später fand unter dem Motto *Sag Nein zu Waffen* ein Protestmarsch mit hunderten von Teilnehmern statt, organisiert von der Nichtregierungsorganisation *Wake up*.



Häufung von Bombenanschlägen

Der örtliche Vorsitzende der DUI (Demokratischen Union für Integration) in Veles wurde in einem Bombenanschlag angegriffen. Am Tag darauf wurde ein Sprengsatz am Wagen des Anwalts Efto Spirovski in Skopje gefunden. Einige Stunden später explodierte eine Bombe vor einer Wechselstube in Čair. Bei keinem der Anschläge wurde jemand verletzt. Es ist kein Zusammenhang zwischen den Vorfällen ermittelt worden. Die Polizei behauptet, wie bei der Schießerei in Čair, bisher keine Erkenntnisse zu haben. Ein politischer Hintergrund der Taten wird allerdings ausgeschlossen.

Illegale Waffen

Der neuste Bericht des *Balkan Investigative Reporting Network* (BIRN) belegt, dass der illegale Besitz von Waffen noch immer verbreitet ist, obwohl die Sicherheitsbedingungen in Mazedonien sich stark verbessert hätten und die Polizei im Auffinden illegaler Waffen effizienter geworden sei. Gemäß Erhebungen der Polizei gibt es in Mazedonien noch 80.000



bis 120.000 illegale Waffen. Eine neue Entwaffnungsaktion wird von Alain Lapon, UNDP-Projektmanager in Mazedonien, in Betracht gezogen. Nicht alle Besitzer illegaler Waffen seien Kriminelle, meint er, und deshalb sei eine Gelegenheit für die Abgabe der Waffen nie unangebracht.

Ab Oktober 2006 wird es in Mazedonien eine Berufsarmee geben; der obligatorische Wehrdienst wird abgeschafft. Diese Änderung im Verteidigungsgesetz wurde ohne Gegenstimmen vom Parlament angenommen.

Die Universität „Sv. Kiril i Metodij“ wollte Javier Solana den Ehrendokortitel in Politologie verleihen. Dazu gab es heftige Reaktionen unter den Kommissionsmitgliedern. Die von der Außenministerin Mitreva eingebrachte Initiative wurde kritisiert, da angeblich alles sehr schnell gehen sollte und ohne genaue Prüfung. Der Titel sollte vermutlich noch schnell medienwirksam vor den Wahlen am 5. Juli in Skopje verliehen werden. Überdies beschwerten sich Professoren über den „Druck“, dem Ansinnen zuzustimmen. Tenor der Kritik: „Was hat Solana für Mazedonien auf dem Gebiet der Politologie vollbracht?“ Zudem sei er nicht ganz unumstritten und auch schon des öfters vor Gericht angeklagt gewesen, so weitere Stimmen. Das Büro von Solana ließ unterdes mitteilen, dass Herr Solana zu beschäftigt sei, um nach Mazedonien zu reisen.



Der auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsysteme und des Gebäudemanagements tätige amerikanische Großkonzern *Johnson Controls* wird in Mazedonien investieren. Die geplante Fabrik soll ihre Arbeit im November 2007 aufnehmen und 500 Arbeitsplätze schaffen. Der Wirtschaftsminister Fatmir Besimi gab bekannt, er rechne damit, dass Johnson Controls weitere Investitionen von anderen Konzernen mit sich bringen werde.

Das deutsche Unternehmen *Dekra Arbeit GmbH* hat ein Arbeitsvermittlungsbüro in Skopje eröffnet. Das Unternehmen, das in Deutschland 71 Filialen unterhält, wird seine Dienste auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung, Temporärarbeit und Beratung für Firmen, Institutionen und Kleine und Mittlere Unternehmen anbieten.



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Zusammengestellt:
Tiina Fahrni

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

31.05.2006